

**Jahresabschluss
zum
31. Dezember 2020**

**Deutsche Gesellschaft für
Vermögensschadenhaftpflicht e.V.**

**Im Mediapark 5c
50670 Köln**

1 Auftrag

Der Vorstand des Vereins

**Deutsche Gesellschaft für
Vermögensschadenhaftpflicht e.V.**

Köln

- nachfolgend auch kurz "DGVH" genannt -

beauftragte uns, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Beachtung der handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung aus den uns vorgelegten Belegen, Büchern und Bestandsnachweisen unter Berücksichtigung der uns erteilten Auskünfte zu erstellen.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, gelten die vereinbarten und diesem Bericht beigefügten „Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ in der Fassung vom 1. Januar 2017.

2 Art und Umfang der Erstellungsarbeiten

Unsere Erstellungsarbeiten erstrecken sich neben den vorzunehmenden Abschlussbuchungen auf die Ableitung der gesetzlich vorgeschriebenen Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Erstellung des Anhangs (§ 264 I HGB). Diese Arbeiten erfolgen auf der Grundlage der Buchführung und der erforderlichen Inventuren sowie der eingeholten Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

3 Bescheinigung

An die Deutsche Gesellschaft für Vermögensschadenhaftpflicht e.V.

Wir haben auftragsgemäß den als Anlage 1 beigefügten Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – der Deutsche Gesellschaft für Vermögensschadenhaftpflicht e.V. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags erstellt. Grundlage der Erstellung waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Vereinssatzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung des IDW Standards: Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen (IDW S 7) durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anhangs auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Hamburg, den 22. Juni 2021



ARTOS GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Thomas Frahm".

Thomas Frahm
Wirtschaftsprüfer/Steuerberater

Deutsche Gesellschaft für Vermögensschadenhaftpflicht e.V.

Bilanz zum 31. Dezember 2020

AKTIVA

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
Sachanlagen			
Geschäftsausstattung		245,00	538,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.450,00		11.375,00
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>0,00</u>		248,31
		1.450,00	11.623,31
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		134.634,40	90.473,87
C. Rechnungsabgrenzungsposten		475,52	475,52
		<u>136.804,92</u>	<u>103.110,70</u>

Deutsche Gesellschaft für Vermögensschadenhaftpflicht e.V.

Bilanz zum 31. Dezember 2020

PASSIVA

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital			
I. Freie Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO		31.752,80	20.136,78
II. Rücklage für satzungsmäßige Zwecke n. § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO		102.186,30	78.364,82
		<u>133.939,10</u>	<u>98.501,60</u>
B. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		2.400,00	2.400,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	104,40		1.059,10
2. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>361,42</u>		900,00
		465,82	1.959,10
D. Rechnungsabgrenzungsposten			
		0,00	250,00
		<u>136.804,92</u>	<u>103.110,70</u>

Deutsche Gesellschaft für Vermögensschadenhaftpflicht e.V.

Anlagenpiegel zum 31. Dezember 2020

Bilanzposten	Werte nach: Handelsrecht						Werte in: EUR	
	Buchwert A H K 01.01.2020	Zugang	- Abgang - AHK-Abgang	Umbuchung AHK-Umbuchung	Abschreibung Geschäftsjahr (kumuliert) -Korr.Abgang	Zuschreibung	Buchwert A H K 31.12.2020	
Sachanlagen								
Geschäftsausstattung	538,00 1.885,01	0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	293,00	0,00	245,00 1.885,01	
Summe Sachanlagen	538,00 1.885,01	0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	293,00	0,00	245,00 1.885,01	
Summe Anlagevermögen	538,00 1.885,01	0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	293,00	0,00	245,00 1.885,01	

Deutsche Gesellschaft für Vermögensschadenhaftpflicht e.V.

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2020

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. Ideeller Bereich des Vereins			
I. Erträge für satzungsmäßige Zwecke			
Beiträge der Mitglieder	76.529,47		66.625,00
Ideelle Erträge gesamt		76.529,47	66.625,00
II. Verwaltungsaufwendungen Vereinsgeschäftsstelle			
1. Personalkosten	-25.224,90		-14.376,62
2. Abschreibung auf Inventar	-293,00		-293,00
3. Verschiedene Kosten	-11.147,52		-29.535,44
Verwaltungsaufwendungen gesamt		-36.665,42	-44.205,06
III. Satzungsmäßige Aufwendungen			
Werbe- u. Reisek. f. Mitgl. und Öffentlichkeitsarbeit	-469,35		-3.619,81
Ergebnis ideeller Bereich		39.394,70	18.800,13
B. Wirtschaftlicher Zweckbetrieb			
1. Erlöse aus Veranstaltungen	1.575,00		4.750,00
Wirtschaftl. Erträge gesamt		1.575,00	4.750,00
2. Kosten f. Veranstaltungen	-5.532,20		-23.079,36
Wirtschaftl. Aufwend. gesamt		-5.532,20	-23.079,36
Ergebnis wirtsch. Zweckbetrieb		-3.957,20	-18.329,36
C. Gesamtergebnis			
		<u>35.437,50</u>	<u>470,77</u>
Verwendung			
Einstellungen in die freie Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	-11.616,02		-470,77
Einstellungen in die Rücklage für satzungsmäßige Zwecke n. § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO	-23.821,48		0,00
Bilanzgewinn		0,00	0,00

Deutsche Gesellschaft für Vermögensschadenhaftpflicht e.V.

Anhang zum Jahresabschluss

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der §§ 238 ff. HGB aufgestellt.

II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Anlagevermögen

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen angesetzt.

Umlaufvermögen

Forderungen und Bankguthaben werden mit dem Nennwert angesetzt.

Rückstellungen

Rückstellungen werden mit ihrem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag bilanziert.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

III. Angaben zur Bilanz

Rechnungsabgrenzungen

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit diese einen Aufwand für das Folgejahr darstellen. Als passive Rechnungsabgrenzungsposten werden Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit diese einen Ertrag für das Folgejahr darstellen.

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem für Vereine und Verbände zweckmäßigen Schema unter Anwendung des Gesamtkostenverfahrens gegliedert.

Deutsche Gesellschaft für Vermögensschadenhaftpflicht e.V.

Anhang zum Jahresabschluss

V. Ergebnisverwendung

Zuführung zur freien Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO

	<u>EUR</u>
Brutto-Einnahmen ideeller Bereich	76.529,47
+ Ergebnis wirtschaftlicher Zweckbetrieb	-3.957,20
= Bemessungsgrundlage	72.572,27
davon 10 %	7.257,23
+ aus Vorjahren einstellbar	<u>4.358,79</u>
= insgesamt	11.616,02

Rücklagenspiegel

	Stand 1.1.	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
1. Freie Rücklage (§ 62 Abs.1 Nr. 3 AO)	20.136,78	0,00	0,00	11.616,02	31.752,80
2. Zweckrücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO					
- Verwaltungsaufwendungen	1.364,82	1.364,82	0,00	1.186,30	1.186,30
- DGVH-Tag	3.000,00	0,00	0,00	0,00	3.000,00
- Veranstaltungen	15.000,00	5.532,20	0,00	10.532,20	20.000,00
- Förderung Studiengang	59.000,00	0,00	0,00	19.000,00	78.000,00
Zwischensumme	78.364,82	6.897,02	0,00	30.718,50	102.186,30
Summe der Rücklagen lt. Bilanz	98.972,37	6.897,02	0,00	42.334,52	133.939,10
Saldo der Veränderungen lt. GuV			35.437,50		

Deutsche Gesellschaft für Vermögensschadenhaftpflicht e.V.

Anhang zum Jahresabschluss

VI. sonstige Angaben

Vorstand

Dr. Stefan Jöster (Vorsitzender)

Lars Heitmann

Daniel Messmer

Jörg Conradi

Annett Marschollek

Köln, den 22. Juni 2021



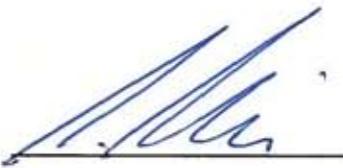
Dr. Stefan Jöster



Lars Heitmann



Daniel Messmer



Jörg Conradi



Annett Marschollek

**Deutsche Gesellschaft für
Kontennachweis zur Bilanz**

AKTIVA

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
Sachanlagen			
Geschäftsausstattung			
400 Betriebsausstattung		245,00	538,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			
1410 Forderungen gegen Mitglieder	250,00		7.125,00
1411 Forderungen aus Veranstalt.	1.200,00		4.250,00
	<u>1.450,00</u>		<u>11.375,00</u>
2. Sonstige Vermögensgegenstände			
1530 Ford.gg.Personal Lohn/Gehaltab	0,00		248,31
	<u>0,00</u>	1.450,00	11.623,31
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten			
1200 Bank		134.634,40	90.473,87
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
980 Aktive Rechnungsabgrenzung		475,52	475,52
Übertrag	0,00	136.804,92	103.110,70

**Deutsche Gesellschaft für
Kontennachweis zur Bilanz**

PASSIVA

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital			
I. Freie Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO			
857 Freie Rücklage		31.752,80	20.136,78
II. Rücklage für satzungsmäßige Zwecke n. § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO			
858 Zweckrücklagen		102.186,30	78.364,82
		133.939,10	98.501,60
B. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen			
970 Sonstige Rückstellungen	700,00		700,00
977 RSt f. Abschluss u. Prüfungsk.	1.700,00		1.700,00
		2.400,00	2.400,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			
1610 Verbindl. aus LuL ohne KK	104,40		1.059,10
2. Sonstige Verbindlichkeiten			
1740 Verbindlichkeit Lohn u. Gehalt	0,00		900,00
1741 Verb. Lohn- u. Kirchensteuer	361,42		0,00
	361,42		900,00
		465,82	1.959,10
Übertrag		136.804,92	102.860,70

**Deutsche Gesellschaft für
 Kontennachweis zur Bilanz**

PASSIVA

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
Übertrag		136.804,92	102.860,70
D. Rechnungsabgrenzungsposten			
990 Passive Rechnungsabgrenzung		0,00	250,00
		136.804,92	103.110,70
		136.804,92	103.110,70

**Deutsche Gesellschaft für
Kontennachweis zur Gewinn- und Verlustrechnung**

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. Ideeller Bereich des Vereins			
I. Erträge für satzungsmäßige Zwecke			
Beiträge der Mitglieder			
5001	Thomas Damrow	250,00	250,00
5004	Dr. Oliver Lamberty	250,00	250,00
5005	Lars Heitmann	250,00	250,00
5007	Jörg Conradi	250,00	250,00
5008	Hans-Jörg Schriever	250,00	250,00
5009	Daniel Messmer	250,00	250,00
5010	Dr. Jürgen Wolters	250,00	250,00
5011	Allcura Versicherungs AG	2.500,00	2.500,00
5012	Funk Gruppe GmbH	2.500,00	2.500,00
5013	Mag. Josef Kaltschmid	250,00	250,00
5014	Michaele Simon-Widmann	250,00	250,00
5015	Holger Sassenbach	250,00	250,00
5016	Christian Becker	250,00	250,00
5017	Harald Köberich	250,00	250,00
5018	VOV GmbH	2.500,00	2.500,00
5024	Sabine Klaß	250,00	2.500,00
5025	Christian W. Terno	250,00	250,00
5026	Keiper u. Dr. Kreth GmbH	2.500,00	2.500,00
5030	Tobias Maybeck	250,00	250,00
5031	Liberty Specialty Markets	2.500,00	2.500,00
5032	Reiner Witoßek	250,00	250,00
5033	Michael Quandt	250,00	250,00
5034	Gothaer	2.500,00	2.500,00
5038	Marc Hartmann	250,00	0,00
5039	Ronny Jopp	250,00	250,00
5040	Dietrich Stöhr	250,00	250,00
5046	VHV Holding AG	2.500,00	2.500,00
5047	Markel International	2.500,00	2.500,00
5052	Stephan Michaelis	250,00	250,00
5053	Claus Marcus Götte	250,00	250,00
5054	Wilhelm Bellut	250,00	250,00
5055	Felix Menze	250,00	250,00
5056	Christian Henseler	250,00	250,00
5057	Lutz-Hendrik Groot Bramel	0,00	125,00
5058	Astrid Hansknecht	250,00	250,00
5059	Heiko Würtz	0,00	250,00
5061	Heinz Wenzel	250,00	250,00
5062	Thomas Spruck	250,00	250,00
5063	Ingrid Jordan-Berger	250,00	250,00
5064	Stefan Hammersen	250,00	250,00
Übertrag		27.500,00	29.875,00

**Deutsche Gesellschaft für
Kontennachweis zur Gewinn- und Verlustrechnung**

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
Übertrag	27.500,00		29.875,00
5065 Marc Hinrichsen	250,00		250,00
5066 Frank Golfels	250,00		250,00
5067 Kanzlei HKLW	2.500,00		2.500,00
5068 Christian Lübben	250,00		250,00
5069 AXA XL	2.500,00		2.500,00
5071 Nürnberger Allgemeine Vers.	2.500,00		2.500,00
5072 Marsh	2.500,00		2.500,00
5073 Dr. Carolin Schilling-Schulz	250,00		250,00
5075 DUAL Deutschland	2.500,00		2.500,00
5077 Jörg Reiner	250,00		250,00
5078 General Reinsurance AG	2.500,00		2.500,00
5079 Görg	2.500,00		2.500,00
5082 von Lauff und Bolz GmbH	2.500,00		2.500,00
5084 Sven Ratzke	250,00		250,00
5086 Josef Brindlinger	250,00		250,00
5087 Zürich Gruppe	2.500,00		2.500,00
5089 Mario Radovan	250,00		250,00
5090 Jens Irmer	250,00		250,00
5091 Dr. Joseph Schilling	0,00		250,00
5092 Dieter Philipp	250,00		250,00
5093 Dr. Christian Meyer	250,00		250,00
5094 Dr. Quirin Vergho	250,00		250,00
5095 Torsten Dobrindt	250,00		250,00
5096 Wirtz und Kraneis	2.500,00		2.500,00
5097 Newline Underwriting	2.500,00		2.500,00
5098 BLD	1.250,00		1.250,00
5099 Wolfgang Ossenbrüggen	250,00		250,00
5100 Andrea Stahl	250,00		250,00
5101 Felix Müller-Preibisch	250,00		250,00
5102 MSIG Europe Insurance AG	2.500,00		0,00
5104 Martin Schultz	250,00		250,00
5105 Chantal Gomez	250,00		250,00
5106 Michael Melchers	250,00		0,00
5107 hendricks GmbH	2.500,00		2.500,00
5108 Udo Fetzer	250,00		250,00
5111 Dr. Stefan Steinkühler	250,00		250,00
5112 Franziska Geusen	45,83		0,00
5113 Marianne Giesen	250,00		250,00
5115 Clyde	2.500,00		0,00
5116 David Rahäuser	250,00		0,00
5117 Stephan Hungerland e.K.	250,00		0,00
5119 Michael Kroll	250,00		0,00
5122 Annett Marschollek	250,00		0,00
5123 Marcel Roeder	250,00		0,00
5124 AIG Europe SA	2.500,00		0,00
Übertrag	73.045,83		66.625,00

**Deutsche Gesellschaft für
Kontennachweis zur Gewinn- und Verlustrechnung**

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
Übertrag	73.045,83		66.625,00
5125 Karsten Krüger	250,00		0,00
5127 Sabine Nickel	250,00		0,00
5128 Dr. Roland Haberstroh	250,00		0,00
5129 Gossler, Gobert & Wolters	2.500,00		0,00
5131 Robert Dürnhöfer	89,38		0,00
5132 Dr. Wolfram Desch	76,39		0,00
5133 Stephan Matberg	60,48		0,00
5135 Katja Beyer	7,39		0,00
	<hr/>		<hr/>
	76.529,47		66.625,00
Ideelle Erträge gesamt		76.529,47	66.625,00
II. Verwaltungsaufwendungen Vereinsgeschäftsstelle			
1. Personalkosten			
4120 Gehälter	-19.800,00		0,00
4130 Gesetzl. soziale Aufwendungen	-4.674,78		-3.309,60
4138 Beiträge Berufsgenossenschaft	-51,81		-51,02
4190 Aushilfslöhne	-698,31		-10.800,00
4199 Pauschale Steuer f. Aushilfen	0,00		-216,00
	<hr/>		<hr/>
	-25.224,90		-14.376,62
2. Abschreibung auf Inventar			
4830 Abschreibungen auf Sachanlagen	-293,00		-293,00
3. Verschiedene Kosten			
2381 Zuwend., Spenden wiss./kult.Zw.	-371,39		-20.000,00
4360 Versicherungen	-1.765,20		-1.765,20
4600 Werbekosten	-1.764,36		0,00
4650 Bewirtungskosten	-2.112,59		-808,00
4920 Telefon	-725,82		-730,32
4930 Bürobedarf	0,00		-26,00
4931 EDV Kosten	-921,10		-1.411,61
4955 Buchführungskosten	-384,05		-968,66
4957 Abschluss- und Prüfungskosten	-2.646,08		-3.435,13
4970 Nebenkosten des Geldverkehrs	-435,93		-355,53
4980 Sonstiger Betriebsbedarf	-21,00		-34,99
	<hr/>		<hr/>
	-11.147,52		-29.535,44
Verwaltungsaufwendungen gesamt		-36.665,42	-44.205,06
Übertrag		39.864,05	22.419,94

**Deutsche Gesellschaft für
Kontennachweis zur Gewinn- und Verlustrechnung**

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
Übertrag		39.864,05	22.419,94
III. Satzungsmäßige Aufwendungen			
Werbe- u. Reisek. f. Mitgl. und Öffentlichkeitsarbeit			
4640 Repräsentationskosten	0,00		-13,99
4660 Reisekosten Arbeitnehmer	0,00		-927,50
4666 Reisekosten AN Übernacht.aufw.	0,00		-100,00
4670 Reisekosten	-469,35		-2.578,32
	<u>-469,35</u>		<u>-3.619,81</u>
Ergebnis ideeller Bereich		39.394,70	18.800,13
B. Wirtschaftlicher Zweckbetrieb			
1. Erlöse aus Veranstaltungen			
8101 Erlöse DGVH-Tag	0,00		1.000,00
8102 Erlöse sonst. Veranstaltungen	1.575,00		3.750,00
	<u>1.575,00</u>		<u>4.750,00</u>
Wirtschaftl. Erträge gesamt		1.575,00	4.750,00
2. Kosten f. Veranstaltungen			
4981 Kosten DGVH-Tag	0,00		-7.613,03
4982 Kosten sonst. Veranstaltungen	-5.532,20		-15.466,33
	<u>-5.532,20</u>		<u>-23.079,36</u>
Wirtschaftl. Aufwend. gesamt		-5.532,20	-23.079,36
Ergebnis wirtsch. Zweckbetrieb		<u>-3.957,20</u>	<u>-18.329,36</u>
C. Gesamtergebnis		<u>35.437,50</u>	<u>470,77</u>
Verwendung			
Einstellungen in die freie Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO			
Übertrag	0,00	35.437,50	470,77

Deutsche Gesellschaft für
Kontennachweis zur Gewinn- und Verlustrechnung

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
Übertrag	0,00	35.437,50	470,77
2498 Einst. in freie Rücklage	-11.616,02		-470,77
Einstellungen in die Rücklage für satzungsmäßige Zwecke n. § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO			
2496 Einstellung in Zweckrücklage	-23.821,48		0,00
Bilanzgewinn		0,00	0,00

tsche Gesellschaft für
ntennachweis zum Anlagenspiegel

nach: Handelsrecht

Werte in: EUR

	AHK-Datum	Entw.	Stand	Zugang	Umbuchung	Abschreibung	Stand
/Inventar	ND RND Art V/R	der	zum	-Abgang		Zuschreibung	zum
	AfA-Beginn		01.01.2020				31.12.2020
100 Betriebsausstattung							
01 HP Probook 440G5	13.11.2018	AHK:	879,01				879,01
	3J 22M L R	AfA:	342,01	293,00			635,01
		BW:	537,00			293,00	244,00
01 Lenovo Ideal Pad Yoga	01.04.2015	AHK:	777,00				777,00
	3J 0M L R	AfA:	776,00				776,00
		BW:	1,00				1,00
ne Sachkonto = 400		AHK:	1.656,01				1.656,01
		AfA:	1.118,01	293,00			1.411,01
		BW:	538,00			293,00	245,00
180 Geringwertige Wirtschaftsgüter							
01 MS Office Paket	23.04.2015	AHK:	229,00				229,00
	1J 0M G R	AfA:	229,00				229,00
		BW:	0,00				0,00
ne Sachkonto = 480		AHK:	229,00				229,00
		AfA:	229,00				229,00
		BW:	0,00				0,00
A M T		AHK:	1.885,01				1.885,01
		AfA:	1.347,01	293,00			1.640,01
		BW:	538,00			293,00	245,00

**Allgemeine Auftragsbedingungen
für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2017**

1. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.
- (2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn das ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

- (1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.
- (3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.
- (2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

- (1) Der Auftraggeber hat alles zu veranlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.
- (2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

- (1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe und Information auf Grund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.
- (2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.
- (2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von seiner Schweigepflicht entbindet.
- (2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

- (1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.
- (2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.
- (3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.
- (4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

- (5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.
- (6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

- (1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.
 Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.
- (2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.
- (3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.
- (2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.
- (3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:
- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
 - Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
 - Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
 - Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
 - Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
- Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.
- (4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.
- (5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.
- (6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für
- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
 - die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
 - die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
 - die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.
- (7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

- (1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.
- (2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbelegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.